



Seite 2:
„Unteilbar“ - Demo in Dresden



Seite 3:
Dank an die MitstreiterInnen im Salzlandkreis



Seite 4:
Gedenkveranstaltungen zum Weltfriedenstag

DIE LINKE ZEITUNG

10/2019

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

LINKE Klimaforderungen: Das Klima retten, die Welt verändern



Klimaprotest in Berlin; Foto DIE LINKE

Der Amazonas brennt und Donald Trump will Alaskas Wälder roden: Ein Sinnbild dafür, wie Profitgier und verantwortungslose Politik im Interesse des Profits den Planeten und unsere Zukunft bedrohen. Und Deutschland? Die Regierung blockiert die Energiewende. Die Klimaziele werden verfehlt. Niemand will sich mit den Konzernen anlegen. Wor-

über geredet wird: Finanzielle Anreize umweltfreundlichere Produkte zu kaufen – das wird nicht reichen. Wir brauchen radikalen Klimaschutz, damit die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzt wird. Greta Thunberg hat daran erinnert, dass fast zwei Drittel der weltweiten CO₂-Emissionen von 100 Konzernen verursacht werden. Wir überlassen den

Klimaschutz nicht dem Markt oder den Konzernen! Was hilft: Klare Vorgaben und Regeln für Konzerne – raus aus Kohle und Atom, raus aus Verbrennungsmotoren, raus aus Fracking, Gas und Öl. Was hilft: Alternativen aufbauen, in großem Maßstab – kostenfreier öffentlicher Nahverkehr, flächendeckend und besser ausgebaut. Für gut verbundene Dörfer und

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

lebenswerte Städte. Nachhaltige Energie fördern: Weg mit dem Deckel, den die Regierung auf den Ausbau der erneuerbaren Energien gelegt hat. Klimafreundliche Modernisierung der Gebäude, ohne dass die Mieter zahlen. Die Wirtschaft umbauen, ändern was wir produzieren und wie: Wir brauchen gute Arbeit in der Produktion von Bus und Bahn. Wenn wir den Umbruch der Wirtschaft den chaotischen Kräften des Marktes überlassen, dann führt das zu Erwerbslosigkeit, prekären Jobs und mehr sozialer Spaltung. Wir kämpfen stattdessen für gerechte Übergänge, in die die Beschäftigten und die Gewerkschaften ihre starke Stimme und ihre Fähigkeiten einbringen. Niemand darf gezwungen sein, sich zwischen guter Arbeit und der Zukunft der eigenen Kinder zu entscheiden.

Wir wollen Klima statt Kapitalismus. System Change not Climate Change.

Damit fangen wir an:

- Wir bauen den öffentlichen Nahverkehr aus und machen ihn kostenfrei. In 12 Jahren ist das flächendeckend in Deutschland möglich. Sofortmaßnahme: Kinder und Jugendliche haben freie Fahrt und die Jahrestickets kosten nicht mehr als 365 Euro. Statt die Pendler mit Steuern zu bestrafen schaffen wir Alternativen!

- Die Deutsche Bahn zur Bürgerbahn ausbauen: Bessere Verbindungen, preiswertere Tickets, ein Geschäftsmodell, das nicht am Profit, sondern am Bedarf ausgerichtet ist.
- Flugverkehr wird derzeit mit Milliarden Euro gefördert: Keine weitere Subventionierung von Kerosin. Kurzstreckenflüge wollen wir verbieten. Klimaschädliche öffentliche Investitionen müssen gestoppt werden – das gilt besonders für die Rüstungsindustrie!
- Verkehrswende: Ab 2030 dürfen keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen werden. Statt Dienstwagenprivilegien für Gutverdienende braucht es Zuschüsse für E-Autos von Handwerkern, Taxifahrern, Pflegekräften und anderen, die viel unterwegs sein müssen. Für Autos werden klare CO₂-Obergrenzen festgelegt. Wir streiten für ein Tempolimit auf den Straßen!
- Lebenswerte Innenstädte: Wir wollen die Städte nach und nach vom Verkehr befreien und den Menschen zurückgeben. SUVs raus aus den Innenstädten!
- Energiewende: Spätestens bis 2040 muss die Energieerzeugung vollständig aus erneuerbaren Quellen kommen. Die klimaschädlichen Treibhausgase müssen bis 2030 um mindestens 65 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent.
- Kohleausstieg: Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke müssen innerhalb von 12 Mona-

ten abgeschaltet werden. 2030 geht das letzte Kohlkraftwerk vom Netz.

- Energie in die Hände von Gemeinden und Genossen: Wir holen die Energieversorgung in die öffentliche Hand zurück. Statt der großen Energiekonzerne sollen Stadtwerke und Energiegenossenschaften die Energieversorgung und die Netze betreiben – mit erneuerbaren Energien und sozial gestaffelten Strompreisen.
- Klimagerechtigkeit heißt: Verursacher und Vielverbraucher zur Kasse! Die Finanzierung des ökologischen Umbaus muss sozial gerecht sein. Die meisten Emissionen verursachen Konzerne und Reiche.
- Autokonzerne haben systematisch die Verbraucher betrogen – sie müssen zur Verantwortung gezogen werden und für die Kosten zahlen. Die Automobilkonzerne müssen aus ihren Profiten in einen Fonds einzahlen und sich an den Kosten der Verkehrswende beteiligen.
- Wir wollen eine CO₂-Abgabe für Konzerne und Vielverbraucher. Sie hilft, denen, die es sich leisten können, schnell auf umweltfreundliche Alternativen umzusteigen. Niedrigverdiener und Niedrigverbraucher zahlen nicht.
- Wir wollen eine Vermögensteuer auf Vermögen oberhalb von einer Million Euro um den Umbau von Verkehr, Gebäuden und Städten zu finanzieren.

„Unteilbar“-Demo in Dresden

Angela Plättner, DIE LINKE Bernburg

Aus dem Aufruf für die Demo: "Vor den Toren und Häfen Europas geht das massenhafte Sterben täglich weiter. Im Innern der Festung schreiben die Faschist*innen derweil eifrig Todeslisten und packen ihre Munitionskisten. Das ist die Situation, in der diesen Herbst in Sachsen, Brandenburg und Thüringen gewählt wird. Und die zu erwartenden Ergebnisse bedeuten eine nicht unwahrscheinliche Regierungsbeteiligung für die AfD."

Um die Solidarität mit Dresden zu beweisen, also in dem Gebiet, wo die meisten Stimmen für die AfD abgegeben wurden und faschistische Aufmärsche stattgefunden haben, sind am 24.08.19 aus der gesamten Bundesrepublik Busse und Züge angekommen, die Antifaschisten zu dieser Demo brachten. So wollte auch unser Kreis diese Demo unterstützen und wir fuhren am Morgen mit dem Auto los um den Bus in Halle zu erreichen, der uns von Halle nach Dresden brachte. Wir kamen dort an und bekamen eine LINKE-Fahne. Dann gingen wir zum vereinbarten Treffpunkt. Es war ungefähr 12.30 Uhr als wir dort ankamen. Gegen 13.00 Uhr kamen viele Lastautos, die die Blocks der einzelnen Parteien und Organisationen unterstützten. Wir warteten auf unseren Block, den der LINKEN. Es dauerte bis 15.00 Uhr und dann kamen sie vorbei. Wir kamen an Häusern vorbei wo uns einige Leute aus



dem Fenster mit dem Daumen hoch grüßten. Bei den Mitgliedern im Block der LINKEN kam es zu spontanen Sprechchören. Die Demo dauerte ungefähr bis 17.00 Uhr, dann waren wir am Ziel angekommen. Trotz der anhaltenden Hitze hatten es alle geschafft. Auf der Zielwiese war noch bis 20.30 Uhr ein Programm, an dem zum Schluss die Band Silbermond spielte und allen Demonstranten Mut machte,

wie auch ihre Vorgänger im Programm, weiter zu kämpfen.

Der Abschluss des Demonstrations-Aufrufs: "Habt keine Angst! Die Zukunft gehört uns, wenn wir kämpfen, ZUSAMMEN UNTEILBAR, SOLIDARISCH, ANTIFASCHISTISCH."

Man sagte uns, an der Demo haben 40 000 Menschen teilgenommen. Es war eine gelungene Demonstration.

Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

Friedrich Schütz

Die fünf Jahre dauernden Wahlperioden der am 31. August 2014 in Sachsen und am 14. September in Brandenburg gewählten Landtage sind beendet. So fanden am 1. September, dem Weltfriedenstag 2019, in beiden Ländern die turnusmäßigen Wahlen der Landtage statt.

Zuerst soll dargestellt werden, welche Ergebnisse die an den Wahlen teilnehmenden Parteien erreichten. Dabei stütze ich mich wie schon bei früheren Artikeln über Wahlen wieder auf den von Horst Kahrs, Wissenschaftler an der Rosa-Luxemburg Stiftung, erarbeiteten Wahlbericht (im folgenden „Bericht“), der im Internet veröffentlicht ist.

In Brandenburg nahmen an der Wahl, bei der 88 Mandate zu gewinnen waren, von 2088602 Wahlberechtigten 1280982 an der Wahl teil, also 61,3%. Das ist eine bedeutende Steigerung gegenüber 2014, als es nur 41,9% waren.

Die SPD mit dem Ministerpräsidenten Dietmar Woidke als Spitzenkandidaten, die 2014 etwa 315000 Stimmen und 30 Mandate gewonnen hatte, kam hier auf rund 331000 Stimmen, aber nur auf 25 Abgeordnetenplätze. Nach Horst Kahrs schneiden sie damit „so schlecht ab wie nie zuvor“.

DIE LINKE, Koalitionspartner der SPD in der Landesregierung, fällt von 183178 Stimmen (18,6%) und 17 Sitzen auf 135572 Stimmen (10,7%) und 10 Sitze zurück. Die erneute Bildung einer rot-roten Regierung ist damit nicht möglich.

Zu den Gewinnern der Wahl gehören auch die Grünen, konnten sie sich doch von 6,2% der Stimmen und 6 Mandaten auf 18,8% und 10 Mandate verbessern. Wählerbefragungen haben gezeigt, dass dieses Ergebnis zu einem großen Teil auf deren Haltung zum Klimawandel zurückzuführen ist.

Die CDU, die von 23% der Stimmen und 21 Abgeordneten auf 15,6% der Stimmen und 15 Abgeordnete zurückfiel, ist eine Verliererin der Wahl. Dieses Ergebnis, so Horst Kahrs, ist ihr schlechtestes bei einer Landtagswahl.

Ein für sie hervorragendes Ergebnis erreichte die AfD, die von 12,2% der Stimmen und 11 Sitzen auf 23,5% der Stimmen und 23 Sitze kam und damit die zweitstärkste Fraktion wurde. Horst Kahrs schreibt im Bericht: „Die AfD hat sich im Parteiensystem als feste Größe etabliert“. Und weiter: „Am 80. Jahrestag des Überfalls auf Polen gewinnt eine völkisch - nationalistische Partei nochmals an Zustimmung“.

Erwähnt werden soll auch, dass eine Partei mit der Kurzbezeichnung BVB / FW sich von 2,9% und 3 Sitzen auf 5,6 % und 5 Sitze verbessert.

Bei der Wahl zum Sächsischen Landtag gab es 3287568 Wahlberechtigte, von denen 2188525, das sind 66,6% an der Wahl teilnahmen. 118 Mandate standen zur Wahl.

Die CDU, die mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze kandidierte, wurde mit 675944 Stimmen, das sind 32,1% und 46 Abgeordneten

erwartungsgemäß die stärkste Fraktion, hatte aber gegenüber 2014, als sie 59 Mandate gewann, deutlich verloren.

Große Verluste hatte auch die SPD. Hatte sie 2014 einen Stimmenanteil von 12,4%, so waren es jetzt nur 7,9%. Die Zahl der gewonnenen Mandate ging damit von 18 auf 10 zurück.

DIE LINKE hatte 2014 mit 309581 Stimmen, (18,9%) und 27 Mandaten den 2. Platz erreicht. Die 224411 Stimmen bei dieser Wahl (10,4%) und die 14 Mandate sind dagegen eine große Niederlage.

Gewinnen konnte auch die Grünen, die von 5,7% der Stimmen auf 8,6% kam und damit statt über 8 nun über 11 Mandate verfügt.

Die AfD, die 2014 mit fast 160000 Stimmen (9,7%) und 14 Abgeordneten in den Landtag einzog, erreichte jetzt etwa 600000 (27,5%) und 37 Sitze und wurde damit auch die zweitstärkste Fraktion.

Ich komme noch einmal auf die Ergebnisse der beiden Landtagswahlen zurück. Der Parteivorstand beschäftigte sich auf seiner Tagung am 1. und 2. September gründlich mit deren Ergebnissen und wertet sie wie es in der Sofortinformation dazu heißt, als „eine schmerzhaft Niederlage für uns“.

Zu den wichtigen, die Menschen bewegenden Fragen müssen Antworten gefunden werden, „die von der großen Mehrheit unserer Partei getragen und vertreten werden und wofür wir die Gesellschaft begeistern können“.

Dank an die MitstreiterInnen im Salzlandkreis

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Jan Kortes traditioneller Dankeschön-Grillabend im Salzlandkreis fand Anfangs September zum ersten Mal im Güstener Ortsteil Osmarsleben statt. Über fünfzig ehrenamtlich engagierte MitstreiterInnen aus der Region folgten der Einladung zum spätsommerlichen Grillen an der Freilichtbühne des Ortes.

Wie jedes Jahr sollte dieser Abend im Rahmen von Jans Sommertour ein Dankeschön für den unermüdlichen Einsatz vor Ort sein. In vielen Gesprächen konnte er u.a. auch einige neue Mitglieder der Partei kennenlernen.

Natürlich spielten auch die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen eine große Rolle. Jan dazu: „DIE LINKE muss die Alltagsorgen und Probleme der Menschen noch intensiver in den Mittelpunkt der Arbeit von der Kommune bis zum Bundestag zu stellen. Wir dürfen nicht nachlassen, die unüberhörbare und kritische Stimme der Bürgerinnen und Bürger zu sein, die sich für die vollständige Westangleichung der ostdeutschen Löhne und Renten, für Altersrenten, von denen man in Würde leben und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land mit aller Kraft einsetzt.“

Ein großes Dankeschön geht an Genosse Lars Lehmann und seine MitstreiterInnen vom

Dorfklub Osmarsleben und allen weitere HelferInnen, die diesen Grillabend ermöglichten.



Gruppenbild beim Grillen in Osmarsleben; Foto privat

Gedenkveranstaltung zum Weltfriedenstag in Schönebeck

Christa Beier, Ortsvorsitzende DIE LINKE ELSALAND

Anlässlich des Weltfriedenstages führte DIE LINKE ELSALAND eine Gedenkveranstaltung in Schönebeck am Mahmal Nicolaiplatz durch. Obwohl in der örtlichen Presse mehrmals auf die Veranstaltung hingewiesen wurde, nahmen nur sehr wenige BürgerInnen daran teil. Die Landtagsabgeordnete Eva von Angern und die Ortsvorsitzende Christa Beier legten einen Kranz nieder. Danach sprach Eva von Angern einige Worte der Erinnerung.

Sie ging insbesondere darauf ein, dass wenn gerade heute noch eine Partei der Intoleranz gewählt wird, wir uns weiter für den Frieden einsetzen werden. Sie sagte: Der Überfall von Deutschland auf Polen am 1. September 1939 habe Tod und Zerstörung über das Nachbarland gebracht. Deshalb setzt sich DIE LINKE im Bundestag auch für einen Entschädigungsfonds für Polen ein. Nicht zu vergessen sei zudem auch das Euthanasieprogramm der Nationalsozialisten, das ebenfalls vor 80 Jahren begann und bei dem mehr als 70000 Menschen ermordet wurden, darunter auch 10000 Kinder und Jugendliche. Diese Morde zeigten auch, dass die Menschenwürde in der Vergangenheit leider doch antastbar gewesen ist. Deshalb muss der Artikel des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ weiterhin verteidigt werden.

Der anwesende Journalist der Volksstimme äußerte sich am nächsten Tag in einem Artikel der Volksstimme zu der mangelnden Beteiligung und kritisierte, dass bei Landtagswahlen in anderen Bundesländern eine Partei Zuwäch-

se erhält, die dieses Gedenken abschaffen will und stolz auf die Wehrmacht ist. In Anbetracht der geringen Beteiligung sagte er, dass der Weltfriedenstag kein Gedenktag nur für DIE LINKE sondern für alle Demokraten ist.



Gedenken in Schönebeck; Foto privat

Gedenken an den Weltfriedenstag in Staßfurt

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender DIE LINKE. Staßfurt

Aus Anlass des 80. Jahrestages des Beginns des 2. Weltkrieges hatte der Ortsverband der Partei DIE LINKE. Staßfurt zu einer Mahn- und Gedenkveranstaltung eingeladen. Mehr als 30 Parteimitglieder, Sympathisanten und Friedensfreunde hatten sich am Sonntagvormittag am Benneckeschen Hof versammelt. Unter ihnen konnte der Ortsvorsitzende Klaus Magenheimer den Staßfurter Oberbürgermeister Sven Wagner und den Ortsvorsitzenden der SPD, Michael Hauschild, herzlich begrüßen.

In seiner Rede verwies Klaus Magenheimer darauf, dass mit dem lang vorbereiteten Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September ein unvorstellbarer Völkermord begann. Rund 60 Staaten und Kolonialgebiete waren direkt oder indirekt an den Kampfhandlungen in den furchtbaren 6 Jahren beteiligt. Ihnen fielen annähernd 60 Millionen Menschen zum Opfer. Allein die Sowjetunion hatte 27 Millionen Tote zu beklagen. Die systematische Ermordung von 5 Millionen europäischer Juden begann. Zum Verhängnis wurde den Deutschen der Überfall auf die Sowjetunion. Erst mit der Roten Armee traf die Wehrmacht auf einen am Ende überlegenden Gegner. Der Krieg kehrte an seinen Ausgangs-

ort blutig zurück und die größten Opfer hatte die Bevölkerung zu beklagen.

Die Teilnehmer an der Mahn- und Gedenkveranstaltung waren sich einig und schlossen sich dem vielfachen Schwur vorangegangener Generationen an – von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen. Der Redner machte jedoch auch an Beispielen deutlich, dass das Jahr 2019 kein gutes Jahr für Frieden und Abrüstung ist. Mit der Kündigung des Rüstungskontrollabkommens durch die USA und Russland, ist eine neue Welle der Aufrüstung in Europa eingeleitet. Er prangerte an, dass weltweit 1,82 Billionen Dollar nur für Militär und Rüstung ausgegeben werden. Wieviel friedliche Projekte könnten in der Welt dafür gestartet werden? Der Redner verwies auch auf die Erklärung des Bundestagsabgeordneten Jan Korte zum Weltfriedenstag: „Wir wollen keine Verdoppelung des deutschen Rüstungsetats auf über 80 Milliarden Euro. Wir brauchen das Geld dringend für massive Investitionen in die Infrastruktur und die Sozialsysteme. Als einzige politische Kraft wenden wir uns im Bundestag gegen die Waffenexporte Deutschlands und die Beteiligung an militärischen Auslandseinsätzen der Bun-

deswehr“. Auf den engen Zusammenhang von Kriegen als zentrale Fluchtursache verwies der Redner darauf, dass diese Kriege auch mit deutschen Waffen geführt werden, deren Export durch die Regierenden in Deutschland noch immer nicht verboten ist. Gegen diese verantwortungslose Handlungsweise muss sich massiver gesellschaftlicher Widerstand formieren!

Bevor alle Teilnehmer eine Schweigeminute abhielten, kamen einige von ihnen zur Darstellung persönlicher Beziehungen zum 1. September zu Wort. In unmittelbarer Nähe des angebrachten Kranzes ließ der Taubenzüchter Rolf Funda weiße Friedenstauben in den Sommerhimmel starten.



Gedenken am Benneckeschen Hof; Foto privat

#Landtagsticker der Sitzung im September

Kerstin Eisenreich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Strukturwandel in der Automobil- und Zulieferindustrie

Die technologische Umstellung der Automobilbranche ist unaufhaltsam. Sie ist Folge der industriellen, ökologischen und lebensweltlichen Umbrüche. Mobilität verändert sich und muss neuen sozialen und ökologischen Ansprüchen gerecht werden. Letztendlich geht es um Verkehrsvermeidung und -reduzierung, was mittelfristig tiefgreifender und veränderter Strukturen und einer nachhaltigen Planung bedarf. Deshalb steht die Automobilzulieferindustrie in Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren vor einem großen Strukturwandel. Daher soll die Landesregierung schnellstmöglich in einen Strategiedialog mit den betroffenen Arbeitgeberverbänden, Unternehmen, Gewerkschaften, Umwelt- und Verkehrsverbänden und Kommunen treten und ein Maßnahmenkatalog erarbeitet werden, um die Veränderungen abfedern.

Grundschullehrkräfte sollen gerechter bezahlt werden

Im Landesbesoldungsgesetz ist geregelt, wie Beschäftigte im öffentlichen Dienst bezahlt werden. Grundschullehrkräfte werden bisher schlechter eingestuft als andere Lehrkräfte, obwohl sie gestiegene niveaugleiche Anforderungen an die Qualifikation erfüllen müssen, um Grundschullehrer zu werden. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE eine höhere Einstufung der Grundschullehrkräfte in die Besoldungsgruppe A13. Das ist auch zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, denn im Ländervergleich verliert Sachsen-Anhalt bei der Besoldung von Grundschullehrkräften an Attraktivität, wenn die Anhebung zur Besoldungsgruppe A13 ausbleibt.

Rabatz wegen RabAz
Seit Beginn des Ausbildungsjahres gilt eine neue Fahrtkostenrichtlinie für Azubis (RabAz). Diese ist ungerecht, weil nur noch Auszubildende des 1. Lehrjahres, die eine Berufsschule außerhalb ihres Landkreises besuchen, Unterstützung erhalten. Statt der Einführung eines Azubitickets, wie von der Linksfraktion bereits im Mai 2018 gefordert, hat die Landesregierung nun die Förderbedingungen verschärft und für mehr Benachteiligung gesorgt. Das geht absolut an der Realität vorbei und ist auch nicht mehr vermittelbar, gerade für die Auszubildenden im ländlichen Raum, die ohnehin durch die langen Wege zur Berufsschule gebeutelt sind. Deshalb haben wir mit unserem Antrag vom Bildungsministerium gefordert, die Zuwendungen für alle Auszubildenden auszuzahlen.

Rabatz wegen RabAz

Seit Beginn des Ausbildungsjahres gilt eine neue Fahrtkostenrichtlinie für Azubis (RabAz). Diese ist ungerecht, weil nur noch Auszubildende des 1. Lehrjahres, die eine Berufsschule außerhalb ihres Landkreises besuchen, Unterstützung erhalten. Statt der Einführung eines Azubitickets, wie von der Linksfraktion bereits im Mai 2018 gefordert, hat die Landesregierung nun die Förderbedingungen verschärft und für mehr Benachteiligung gesorgt. Das geht absolut an der Realität vorbei und ist auch nicht mehr vermittelbar, gerade für die Auszubildenden im ländlichen Raum, die ohnehin durch die langen Wege zur Berufsschule gebeutelt sind. Deshalb haben wir mit unserem Antrag vom Bildungsministerium gefordert, die Zuwendungen für alle Auszubildenden auszuzahlen.

„Aktiv und selbstbestimmt“ – Seniorenpolitisches Programm in Sachsen-Anhalt – eine Bestandsanalyse

Zwei Jahre vor Auslaufen des seniorenpolitischen Programms des Landes Sachsen-Anhalt hat die Fraktion DIE LINKE zum zweiten Mal nach 2013 in einer großen Anfrage mit differenzierten Fragen zu den Maßnahmen und dem aktuellen Ausführungsstand dieses Programms und seiner eventuellen Fortsetzung nach 2020 bei der Landesregierung nachgefragt. In der Aussprache zu den nun vorliegenden Antworten der Landesregierung musste diese jedoch viel Kritik unserer Fraktion einstecken. Nach unserer Auffassung bleibt die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration für ein aktives und selbstbestimmtes Altern im Land weit hinter den Zielstellungen zurück. Dies ist angesichts der demografischen Entwicklung des Landes fatal und entspricht bei Weitem nicht den Vorgaben des Handlungskonzeptes einer nachhaltigen Bevölkerungspolitik.

Aktuelles zur Arbeit der Kreistagsfraktion

Sabine Dirlich, Fraktionsvorsitzende

Nach der Konstituierung des Kreistages im Juli und einer Sondersitzung im August hat die Kreistagsfraktion – nach einer langen Sommerpause – ihre Arbeit aufgenommen. In ihrer Sitzung am 16. September hat sie wichtige Entscheidungen getroffen. Am 1. Oktober wird mit Claudia Kästner eine neue Fraktionsassistentin ihre Arbeit beginnen. Diesen Beschluss hat die Kreistagsfraktion nach einer Stellenausschreibung, nach Bewerbungsgesprächen mit allen drei Bewerber/innen und nach einer ausführlichen Diskussion mit großer Mehrheit gefasst.

Thema der Sitzung – mal wieder und immer noch – der Haushalt des Kreises. Zur Erinnerung: Der Haushalt war vom Landesverwaltungsamt abgelehnt worden mit u. a. folgenden zwei entscheidenden Begründungen. Erstens: Das Defizit ist zu hoch. Zweitens: Um das Defizit in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit abzubauen, rechnet der Kreis mit zu hohen Erwartungen an die Einnahmen aus der Kreisumlage der folgenden Jahre.

Ein Teufelskreis! Weitere Einsparungen werden zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger des Kreises gehen. Weitere Einnahmeerhöhungen gehen zu Lasten der Städte und Gemeinden, die sie ihrerseits auch nur ihren Bürgerinnen und Bürgern auferlegen werden.

Bleibt der Fakt: Der Kreis ist aufgefordert

neue Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zu „kreieren“. Dieses neue Haushaltskonsolidierungskonzept liegt nun auf dem Tisch. Neben begrüßenswerten Vorhaben, wie der Verringerung der Heimunterbringung von Kindern durch die Gewinnung von Pflegefamilien, bleiben auch Fragen. Fragen danach, ob eine beabsichtigte Verlagerung kostenintensiver Fälle der Hilfen zur Erziehung auf die Landesebene auch im Sinne des Wohls der betroffenen Kinder und Familien geschehen kann. Oder die Frage, ob der beabsichtigte Stellenabbau in der Kreisverwaltung eventuell dazu führen kann, dass sich Bearbeitungszeiten von Bürgeranliegen verlängern.

Die Diskussion hat gerade erst begonnen, aber wir stehen schon jetzt unter Druck. Die Maßnahmen der Kreisverwaltung sind mit dem Landesverwaltungsamt abgesprochen. Und dieses verlangt, dass die Maßnahmen genau so und nicht anders vom Kreistag beschlossen werden müssen, um eine Genehmigung des Haushalts zu erreichen. Ohne genehmigten Haushalt keine Investitionen, eine zu hohe Kreisumlage – die im vergangenen Jahr beschlossene Höhe würde weiter gelten –, das Risiko von Klagen dagegen seitens der Städte und Gemeinden. Kommunale Selbstverwaltung sieht anders aus!

Zum Gedenken an Rosa – ZITAT DES MONATS:



„Gut sein ist die Hauptsache! Einfach und schlicht gut sein, das löst und bindet alles und ist besser als Klugheit und Rechthaberei.“

Die Schatten der Diktatur sind lang

Jan Korte

Solange es im Kalten Krieg um die Zurückdrängung des kommunistischen (oder auch allgemein linken) Einflusses ging, spielten die ansonsten gern und viel beschworenen westlichen Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten in der Bewertung durch die westliche Staatengemeinschaft nur eine untergeordnete Rolle. So operierten z.B. in den 1970er- und 1980er-Jahren mit Unterstützung der USA unter dem Codenamen Operation Condor (OC) länderübergreifend die Geheimdienste von sechs lateinamerikanischen Ländern: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay. Fast alle beteiligten Länder wurden zu Beginn der Geheimoperation von Militärdiktaturen oder rechtsautoritären Regimen regiert. Das Ziel der OC bestand darin, linke politische und oppositionelle Kräfte weltweit zu verfolgen und zu töten. Diesen staatsterroristischen verdeckten Operationen fielen nach bisherigem Stand der offiziellen Ermittlungen sowie der Auswertung von seit 1992 bekannt gewordenen Dokumenten mindestens 200 Personen zum Opfer. Eine weitaus größere Zahl Opfer ist jedoch auf direkte Maßnahmen der nationalen Regierungen gegen ihre eigenen Bürger zurückzuführen: allein in Argentinien gelten etwa 30.000 Menschen als dauerhaft verschwunden. Und auch in Chile war die Folge des mit Hilfe der USA durchgeführten faschistischen Militärputschs am 11. September 1973 die Errichtung einer der blutigsten Diktaturen der Gegenwartsgeschichte. In den 17 Jahren der Pinochet-Diktatur wurden 200.000 Bürger zum Exil gezwungen, in mindestens 40.000 Fällen brutale Menschenrechtsverletzungen begangen. Nach dem Bericht der „Comisión Rettig“, der Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Diktaturverbrechen, wurden 27 153 Oppositionelle unrechtmäßig verhaftet und gefoltert sowie 2.297 Widerstandskämpfer ermordet. Weitere 1.102 Personen gelten nach wie vor als „verschwunden“; vermutlich über hundert davon auf dem Boden der ehemaligen deutschen Sektensiedlung „Colonia Dignidad“ (CD), die den Putschisten als Folterbasis diente. All dies führte im Fall der Bundesrepublik Deutschlands nicht zum Ende der Zusammenarbeit oder gar einer Isolation der Diktatur. Stattdessen wurden die Kontakte des BND zu chilenischen Geheimdiensten oder zur CD ausgeweitet.

Die OC endete in den einzelnen Ländern jeweils mit deren Übergang zur Demokratie. Eine wirksame juristische Aufarbeitung dieser Verbrechen kam erst vor wenigen Jahren schleichend in Gang und dauert bis heute an. Anders als in Deutschland, wo es eine lange und unselige Tradition der Zusammenarbeit bundesdeutscher Stellen mit lateinamerikanischen Diktaturen gibt, die bislang hierzulande eine Strafverfolgung verhinderte, werden die

Diktatur-Verbrechen in Italien ernst genommen und dort auch juristisch verfolgt. So verurteilte die italienische Justiz am 8. Juli 2019 zwei Dutzend ehemalige Politiker und Militärangehörige aus Uruguay, Bolivien, Chile und Peru zu lebenslänglichen Haftstrafen. Sie wurden für schuldig befunden, im Rahmen der OC an der Entführung und Ermordung von 23 italienischen Staatsbürgern in Südamerika beteiligt gewesen zu sein. Und am 4. Juni 2019 wurde der deutsch/chilenische Doppelstaatler Walter Klug Rivera in Parma aufgrund eines chilenischen Interpol-Haftbefehls festgenommen. Klug, während der Pinochet-Diktatur Major in der chilenischen Armee und Agent des Militärgeheimdienstes SIM, leitete nach dem Putsch ein Gefangenenlager. 2014 verurteilte ihn der Oberste Gerichtshof in Chile wegen Beteiligung an Entführung, Folterung und Tötung von 23 Arbeitern eines Wasserkraftwerks im Jahr 1973 in der Nähe von Los Angeles im Süden Chiles rechtskräftig zu zehn Jahren und einem Tag Haft. Wie Hartmut Hopp, der früheren Nummer Zwei der CD, konnte sich Klug vor Haftantritt in die Bundesrepublik absetzen, von wo aus er als deutscher Staatsangehöriger nicht nach Chile ausgeliefert wird, und sich so der Haftstrafe entziehen. In Italien wird nun eine Auslieferung an Chile geprüft.

Einfacher wäre es, wenn sich die deutsche Justiz endlich für die strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen der Diktaturzeit interessieren würde und hierzulande untergetauchte Täter selbständig verfolgen würde. Doch davon sind wir weit entfernt. Seit den 1960er Jahren gab es zwar mehrere Ermittlungsverfahren, die jedoch allesamt eingestellt wurden. Mutmaßliche Täter, die aus Chile nach Deutschland übersiedelten, bleiben hierzulande auch 46 Jahre nach dem Militärputsch, der den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende stürzte und das erste Experi-

ment des Aufbaus eines demokratischen und pluralistischen Sozialismus blutig beendete, straflos.

So lehnte das Oberlandesgericht Düsseldorf im Herbst 2018 den Antrag Chiles auf Haftvollstreckung im Fall von Hartmut Hopp in letzter Instanz ab. Hopp, der 2011 in Chile rechtskräftig zu 5 Jahren Haft wegen Beihilfe zum sexuellen Missbrauch an 16 Kindern verurteilt worden war, muss seine Haftstrafe also auch in Deutschland nicht verbüßen. Eigenständige Ermittlungen der deutschen Justiz gegen ihn stellte die Staatsanwaltschaft Krefeld im Mai 2019 ein, weil ihrer Meinung nach kein hinreichender strafrechtlicher Tatverdacht begründet werden könne. Weder eine Beihilfe zu Sexualstraftaten an Minderjährigen durch Sektenführer Paul Schäfer, noch die Beihilfe zur Tötung von drei Studenten 1976 in Chile hätten sich durch Hinweise erhärten lassen, so Oberstaatsanwalt Axel Stahl. Mal abgesehen davon, dass überhaupt erst nach einer Anzeige der Menschenrechtsorganisation „European Center for Constitutional and Human Rights e.V.“ gegen Hopp hierzulande ermittelt wurde, verzichtete die Staatsanwaltschaft auch weitestgehend darauf Zeuginnen und Zeugen zu vernehmen. Die Berliner Anwältin Petra Schlagenhauf, die einige Opfer der Sekte vertritt, kritisiert seit langem, dass die in der CD begangenen Straftaten nicht ausreichend untersucht und von ihr benannte aussagewillige Betroffene und Zeugen nie persönlich vernommen worden. Über ihre Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens wurde noch nicht entschieden. Für Myrna Troncoso, die 76-jährige Vorsitzende eines Angehörigenverbandes von verschwundenen politischen Gefangenen, deren Bruder Ricardo damals verschwunden ist, war die Einstellung des Verfahrens ein harter Schlag und sie fordert „Wahrheit, Gerechtigkeit und auch

Erinnerung. Denn wir haben nichts - nicht einmal die Gewissheit darüber, wer in der Colonia Dignidad umgebracht wurde.“ Und die Zeit drängt. Adriana Bórquez, eine der Überlebenden der Folter in der deutschen Siedlung, deren Berichte entscheidend zur Aufdeckung der Verbrechen beigetragen haben, ist bereits im Juli 2019 verstorben. DIE LINKE im Bundestag wird daher weiter Druck machen, damit die Opfer endlich Gerechtigkeit erfahren.



Salvador Allende, Foto: Biblioteca del Congreso Nacional de Chile, Lizenz: CC 3.0 Chile

Ohne Abos keine Gegenöffentlichkeit

Chefredaktion nd

Im August haben alle Mitglieder der Partei `DIE LINKE` ein dickes Paket in ihrem Briefkasten gefunden. Darin die Mitgliederzeitschrift `Disput` und ein Exemplar von nd.DieWoche. In einem gemeinsamen Brief bitten Parteivorstand und `nd`, mit Abos die Zukunft beider Publikationen zu unterstützen. Wir befragten dazu Chefredakteur Wolfgang Hübner und Geschäftsführer Matthias Schindler von `nd`.

Frage: Was hat Euch zu dieser gemeinsamen Aktion veranlasst?

Matthias: Die Geschichte von `nd` ist eng mit der Partei `DIE LINKE.` verbunden. In den letzten Jahren hat sich deren Mitgliederstruktur spürbar verändert. Die Linkspartei ist jünger und bunter geworden. Sie verteilt sich über die gesamte Bundesrepublik. Diese Mitglieder suchen nach Informationen, Analysen und Bewertungen gesellschaftlicher Entwicklungen. Wir waren der Meinung, dass es vor diesem Hintergrund sinnvoll ist, `nd` als Teil der linken Gegenöffentlichkeit noch einmal vorzustellen.

Frage: Nun haben sich Dynamik und Möglichkeiten der Informationsbeschaffung deutlich verändert. Die gedruckte Zeitung, für die immer höhere Preise bezahlt werden müssen, ist in der Krise. Da packt ihr 32 Seiten gedruckte Worte und Bilder in einen Briefumschlag und hofft auf Resonanz?

Wolfgang: nd.DieWoche haben wir im Oktober 2018 als Reaktion auf das veränderte Leseverhalten herausgebracht. Das Wochenende bietet mehr Zeit für ausführliche Lektüre. Die Resonanz darauf war positiv. Diese Entwicklung hält bis heute an. Deshalb haben wir die Wochenendausgabe ausgewählt. Außerdem ist nd.DieWoche exemplarisch für die Themenvielfalt und den Journalismus von `nd` sowie seine Präsentation.

Frage: Trotzdem habt ihr gleich eine Hürde eingebaut. Wer mehr lesen will, muss sich anmelden und auch bezahlen. Warum habt ihr das Ganze nicht kostenfrei gemacht?

Matthias: Ganz einfach, Produktion und Zustellung einer Zeitung – ob gedruckt oder digital – kosten Geld. Da `nd` sich ausschließlich aus Verkaufserlösen finanziert, hängt seine Existenz eben davon ab, dass es nicht nur gelesen, sondern auch bezahlt wird. Darauf wollen wir von Anfang an aufmerksam machen. Wir haben jedoch für die Mitglieder ein spezielles Angebot entwickelt. 10 Wochen lang erhalten sie nd.DieWoche am Wochen-

ende gedruckt und täglich die 5 wichtigsten Artikel als nd.kompakt digital. So können sie die Vielfalt von `nd` entdecken und am Ende entscheiden, ob und wie es weitergeht.

Frage: Bedeutet das dann eine Entscheidung für täglich Gedrucktes im Briefkasten?

Matthias: Das wäre eine Variante. Die Mehrzahl unserer langjährigen Leser_innen liest die Zeitung auch noch so. Aber wir reagieren auf veränderte Lesegewohnheiten und die finanziellen Möglichkeiten. Wir wissen auch, dass die gedruckte Zeitung nicht überall früh zugestellt werden kann. Deshalb bauen wir digitale Angebote aus.

Frage: Also eine größere Vielfalt der Bezugsmöglichkeiten?

Wolfgang: Neben nd.DieWoche sonnabends veröffentlichen wir „neues deutschland“ nach wie vor an den Wochentagen. Komplett wird das Paket mit der Wirtschaftszeitung „OXI“ jeden vierten Sonnabend und mit dem digitalen sogenannten Leftstyle-Magazin „supernova“.

Frage: `nd` versteht sich als unabhängige Tageszeitung. Wie ist das Verhältnis zur Partei `DIE LINKE`?

Wolfgang: Ja, wir sind eine unabhängige Redaktion, stehen aber als linkes Blatt der Linkspartei politisch nahe. Das heißt Berichterstattung, Aufgreifen von Themen und Debatten sowie kritische Begleitung. Das ist nicht immer einfach, wenn man sich die Vielfalt der unterschiedlichen Positionen innerhalb der gesellschaftlichen Linken ansieht. Und es ist auch so, dass wir als Zeitung bemüht sind, eine möglichst große Bandbreite aktueller gesellschaftlicher und internationaler Entwicklungen abzubilden, zu informieren, zu analysieren und diese einzuordnen. In diesem Sinn leistet `nd` seit 1990 einen wichtigen aufklärerischen Beitrag zu einer linken, sozialen, solidarischen Gegenöffentlichkeit.

Matthias: Damit das so bleiben kann, haben wir uns an die Mitglieder der `DIE LINKE` mit unserem Angebot zum Abonnement gewandt und hoffen, dass es angenommen wird. In diesem Sinn freuen wir uns über Rückmeldungen, ob als Probeabo oder in anderer Form.

Weitere Informationen gibt es auf www.neues-deutschland.de.

MdL Monika Hohmann zu Gast in Aschersleben

Regina Koblischke,
DIE LINKE Aschersleben



Monika Hohmann in Aschersleben; Foto privat

Die zuständige Abgeordnete des Landtages für Sozial-, Kinder-, Familien- und Seniorenpolitik, Monika Hohmann, war auf Wunsch der Mitglieder des Ortsverbandes Aschersleben zum Thema KITA-Gesetz zu Besuch.

In einem ausführlichen Vortrag ging sie auf Veränderungen im neuen Kinderförderungsgesetz LSA (KiföG LSA) ein. Hier insbesondere auf die Gebührenunterschiede zwischen den Einrichtungen, die finanziellen Mittel, welche das Land zur Verfügung stellt, und die nicht immer einfache Arbeit in der Zusammenarbeit zwischen Träger und Landkreis. Bei den Verhandlungen zu den finanziellen Mitteln für die Einrichtungen bleiben die Kommunen leider außen vor.

Weiterhin wurde über die Stundenstaffelung, die Förderrichtlinie des Salzlandkreises sowie über die Hort- und Ferienbetreuung gesprochen. Bei letzterem ist die Entwicklung abzuwarten. Ab dem 01.08.2019 sollte eine Verbesserung des Personalschlüssels stattfinden. Hier ist nach § 23 KiföG LSA zusätzliches Personal für Einrichtungen mit besonderen Bedarfen und der dazu veröffentlichten Verordnung noch Klärungsbedarf.

Viele Fragen u. a. zu 1 betragsfreiem Kita-Jahr (vielleicht auch mehr), der Geschwisterregelung, dem Personalschlüssel, Impfungen, Qualität der Ausbildung, Sprachbildung, auch zu unterschiedlichen Gebühren im Landesvergleich, (Aschersleben hat die Gebühren für alle Kitas gleich), schlossen sich an.

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Oktober
recht herzlich**

Zum 99. Geburtstag
Fritz Liebefinke

Zum 89. Geburtstag
Ingeborg Zierold

Zum 87. Geburtstag
Erika Rau
Helga Wolter

Zum 87. Geburtstag
Charlotte Freist
Rosemarie Hartung

Zum 85. Geburtstag
Anneliese Grage
Ingeborg Müller
Sieglinde Vaucey
Klaus Engelmann

Zum 83. Geburtstag
Ingrid Beau

Zum 82. Geburtstag
Helga Barcinski
Edith Scheutzw

Zum 81. Geburtstag
Christa Herold
Rotraud Pohland

Zum 70. Geburtstag
Gerhard Wiest
Klaus Herz

Zum 60. Geburtstag
Hilmar Schramm

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
Oktober Geburtstag haben**



**„Frühstück mit Links“ mit MdL
Hildebrandt**

Am **10.10.2019 ab 10Uhr** gibt es
wieder die Gelegenheit, im Bernburger
Wahlkreisbüro bei Kaffee und
Brötchen ins Gespräch zu kommen.

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE.
im Kreistag Salzlandkreis**

Die Kreistagsfraktion führt ihre
nächste Sitzung am **14.10.2019 um
18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro
(Löderburger Straße 94) durch.

**Einladung zur Kreisversammlung
mit Vorstandswahl**

Am **12.10.2019** sind alle
Genoss*innen des Kreisverbandes zur
Kreisversammlung eingeladen. Wir
kommen **ab 10 Uhr im Saal der Staß-
furter Stadtwerke (Athenslebener
Weg 15)** zusammen. Die Einladung
und weitere Unterlagen zur Versamm-
lung befanden sich in der September-
Ausgabe der LINKEN Zeitung.

**Mitgliedertreffen des
Landesverbandes**

Die „Alte Viehbörse“ in Magdeburg
ist am **19.10.2019** der Ort, um andere
Genoss*innen kennenzulernen, sich
weiterzubilden und bei einem Live-
Konzert zu feiern. Mehr Infos auf
www.dielinke-sachsen-anhalt.de

Wahlkreistag von Jan Korte

Der Bundestagsabgeordnete ist
am **28.10.2019** zusammen mit Birke
Bull und Doreen Hildebrandt im
Salzlandkreis unterwegs.

Nachruf

In stillem Gedenken
Jan Würfel



OV Bernburg
Kreisvorstand

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Ernst König



OV Schönebeck
Kreisvorstand

**Stefan Gebhardt am 11.11.2019
unterwegs im Salzlandkreis**

Der neue Landesvorsitzende ist ab
15 Uhr beim „Kaffee mit Links“ im
Linkstreff Aschersleben (Oststraße 5)
und ab 18 Uhr beim Politstammtisch
im Bernburger Wahlkreisbüro (Kl.
Wilhelmstraße 2b) zu Gast. Thema-
tisch wird es um einen Blick auf die
letzten Landtagswahlen aus LINKER
Sicht und um die zukünftige Arbeit
im Landesverband gehen.



**MEET
EINANDER**

Mitgliedertreffen

19. Oktober 2019, ab 11:00 Uhr
»Alte Viehbörse«
Magdeburg

DIE LINKE.
SACHSEN-ANHALT

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder
am **17.10.2019 um 18 Uhr** im
Staßfurter Fraktionsbüro
(Löderburger Straße 94).

ClimatePartner[®]

klimaneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde
klimaneutral auf Recyclingpapier
gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 18. Oktober 2019.
Redaktionsschluss für diese
Ausgabe war
der 20. September 2019.**

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slkt@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach
Redaktionsschluss eingegangenen
Artikeln kann die Veröffentlichung nicht
garantiert werden.